

15.12.89

Antrag

der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und
Rheinland-Pfalz

EntschlieBung des Bundesrates zur Entwicklung in Deutschland

DER BAYERISCHE STAATSMINISTER Bonn, den 15. Dezember 1989
FÜR BUNDES- UND EUROPAANGELEGENHEITEN
BEVOLLMÄCHTIGTER DES FREISTAATES
BAYERN BEIM BUND

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

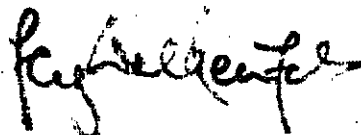
die Landesregierungen von Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen
und Rheinland-Pfalz haben beschlossen, dem Bundesrat den in der
Anlage beigefügten Antrag für eine

EntschlieBung des Bundesrates zur
Entwicklung in Deutschland

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, den Antrag nach § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung
des Bundesrates auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates
am 21. Dezember 1989 zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Georg Frhr. von Waldenfels

AnlageEntschlieÙung des Bundesrates zur Entwicklung in Deutschland

Der Bundesrat würdigt und unterstützt das Freiheitsstreben und den Willen der Deutschen in der DDR nach Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit. Errungene Freiheitsrechte müssen auf Dauer gesichert werden; volle demokratische Rechte müssen noch errungen werden.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, daß sich die Ideen der Freiheit, der Menschenrechte und der Selbstbestimmung in den ost- und mitteleuropäischen Staaten immer stärker durchsetzen. Die historischen Ereignisse geben uns die Hoffnung, daß die Spaltung Deutschlands in einem vereinten Europa überwunden und die Vision von einer europäischen Friedensordnung Wirklichkeit wird. Damit würde auch der Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes erfüllt, in dem es heißt: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." Der Bundesrat sieht in dem Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers eine geeignete Grundlage, dieses Ziel zu verwirklichen. Der Bundesrat teilt die Auffassung des Deutschen Bundestages in der EntschlieÙung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland vom 8. 11. 1989.

Er würdigt in diesem Zusammenhang die Vereinbarungen vom 5. Dezember 1989, in denen auch die Einrichtung eines Devisenfonds sowie die Abschaffung von Zwangsumtausch und Visapflicht als wichtige Schritte zu einem möglichst ungehinderten Reiseverkehr in beide Richtungen beschlossen wurden.

Der Bundesrat begrüÙt die Haltung des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der NATO zur deutschen Frage, wie sie in den Erklärungen des Europäischen Rates in StraÙburg vom 9. Dezember 1989 und des NATO-Außenministertreffens in Brüssel vom 14. Dezember 1989 ihren Ausdruck gefunden hat.

Der Bundesrat begrüÙt die Abschaffung des Führungsanspruchs einer einzigen Partei - und damit die Beseitigung des Machtmonopols der SED - sowie die Entscheidung der verantwortlichen Gruppen in der DDR, am 6. Mai 1990 freie Wahlen durchzuführen.

Er sieht darin einen weiteren Schritt in Richtung Verwirklichung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, parlamentarische Demokratie einschließlich des Parteienpluralismus sowie der Trennung von Staat und Partei.

Der Bundesrat begrüßt, daß in der DDR eine eigenständige Diskussion über die Wiederherstellung von Ländern eröffnet worden ist. Die föderative Ordnung ist in Deutschland ein bewährtes Architekturprinzip einer freiheitlichen Staatsordnung, wo Machtkontrolle und Machtbalance gewährleistet sind. Darüber hinaus wäre sie in besonderer Weise einer Zusammenarbeit mit den Ländern der Bundesrepublik Deutschland förderlich.

Der Bundesrat begrüßt in diesem Zusammenhang Partnerschaften von Ländern und Kommunen sowie öffentlichen und privaten Einrichtungen und Organisationen.

Der Bundesrat befürwortet eine umfassende Zusammenarbeit mit der DDR, insbesondere auf kulturellem, wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Gebiet. Um eine Unterstützung wirksam werden zu lassen, muß die DDR selbst die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Nach Ansicht des Bundesrates wird eine dauerhafte Grenzöffnung längerfristig zu einer Neuordnung der Verkehrsströme in Deutschland und Europa führen.

Zahlreiche Verbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sind nach dem Krieg unterbrochen worden.

Sie sollten Zug um Zug wieder geschaffen werden. Dementsprechend müssen Verkehrswege neu geplant werden. Das Grenzland muß eine Brückenfunktion zur DDR erhalten. Die Öffnung der Grenzen zur DDR verlangt eine rasche Anpassung der Verkehrskonzepte.

Der Bundesrat erwartet von der Bundesregierung, daß hierfür Sondermittel für besonders vordringliche Maßnahmen bereitgestellt werden und der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen und das Schienennetz angepaßt werden. Die Länder sind bereit, ihren eigenen Beitrag dazu zu leisten.

Der Bundesrat erwartet, daß die Bundesregierung bei ihren Überlegungen über die künftige Gestaltung der Beziehungen zur DDR auch die Länder rechtzeitig eingeschaltet und an den Entscheidungen beteiligt. Im Hinblick auf die europäische Dimension sind nicht nur die an die DDR angrenzenden Länder von grenzüberschreitenden Planungen und Vorhaben betroffen.